

Auf Antrag LINKE berichtet Thüringer Landesregierung heute (15. Juni 2012) im Innenausschuss über Stand Erhebung Straßenausbaubeiträge: 10% der Gemeinden sind noch ohne Satzung. Diese müssen noch in diesem Jahr Satzungen beschließen. Bisher haben nur 15 Gemeinden den Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen beschlossen. Wie viele Gemeinden die Absenkung der Straßenausbaubeiträge beschlossen haben, konnte die Landesregierung nicht darlegen.

PRESSEMITTEILUNG DIE LINKE

V.i.S.d.P.: Diana Glöckner

15.06.2012

Weiterer Bürgerprotest gegen Straßenausbaubeiträge vorhersehbar

"Dass in den letzten Monaten zahlreiche Gemeinden eine Satzung für Straßenausbaubeiträge erlassen haben, liegt nicht an deren Willen, sondern am gesetzlichen Zwang. Wenn auf Grundlage dieser Satzungen in ein bis zwei Jahren eine Flutwelle von Beitragsforderungen über das Land schwappt, sind erneute Bürgerproteste vorhersehbar", sagt der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE, Frank Kuschel.

Ein großer Teil der Kommunen hatte sich bewusst gegen die Straßenausbaubeiträge entschieden. Weil CDU und SPD im Land das Gesetz verschärft haben, sind die Gemeinden und Städte jetzt gezwungen, rückwirkend bis 1991 die Forderungen einzutreiben. "Gleichzeitig hat die Landesregierung gegen ein sich abzeichnendes erfolgreiches Volksbegehren für sozial gerechte Kommunalabgaben vor dem Verfassungsgericht geklagt. Damit wurde die Entscheidung zunächst zwischengeparkt und man hofft wohl darauf, dass den Betroffenen der lange Atem ausgeht", betont der Parlamentarier. Für den Kommunalexperthen sei eine endgültige Lösung zwischen Land, Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern noch nicht gefunden. "Solange das Land Zwangsmaßnahmen ergreifen muss, um eine falsche Politik durchzusetzen, werden sich die Betroffenen weiter zur Wehr setzen", erklärt abschließend Frank Kuschel.